



Haushaltsrede 2018

STADTRATSFRAKTION "MEIN GREVENBROICH"

MARTINA SUERMANN

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Krützen, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, verehrte Damen und Herren der Verwaltung, liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

Im Haushaltsentwurf für 2018 klafft nach wie vor eine Lücke von -19,2 Millionen Euro. Etwa 950.000 € für die Phenol-Sanierung im Schulgebäude an der Parkstraße, die Rückzahlungen aus dem Fonds Deutsche Einheit, daraus resultierend rund eine Million weniger Schlüsselzuweisungen und last but not least die Personalkosten, die erneut um 600.000€ auf 35,4 Millionen Euro gestiegen sind.

Das strukturelle Defizit von mehr als -13 Mio. Euro jährlich zeigt uns überdeutlich, dass wir in erheblichem Maße über unsere Verhältnisse leben. **Die Stadt hat kein Einnahmenproblem, sondern nach wie vor ein massives Ausgabenproblem.**

Die finanzielle Situation der Stadt Grevenbroich zwingt uns über das Sanierungskonzept hinaus zu drastischen Maßnahmen. **Der massive Ressourcenverbrauch muss ein Ende haben.**

Die Personalkosten bilden in 2018 mit 20,8 % die zweitgrößte Aufwandsposition im städtischen Haushalt. Schon im Zuge der Haushaltsberatungen 2017 haben wir die Verwaltung beauftragt, die Effizienz bei der Erledigung ihrer Aufgaben zu überprüfen und dies zu einem zentralen Thema zu machen.

Jedem muss klar sein, dass eine kritische Analyse der kommunalen Aufgaben in allen Bereichen der inneren und äußeren Verwaltung die Grundlage für langfristig wirksame Personalentwicklungen bildet.

Wir brauchen ein produktscharfes und projektbegleitendes Controlling, eine klare Definition von Ziel- und Kennzahlen für alle Produkte durch die Verwaltung und die Verschlinkung der öffentlichen Verwaltung um Leistungsbereiche, die von Privaten, kommunalen Institutionen oder im kommunalen Verbund effizienter und wirksamer wahrgenommen werden können.

Zudem brauchen wir eine deutliche Straffung der Verwaltungsverfahren auf allen Ebenen durch Umwandlung zu projektorientierten, interdisziplinären Organisationsformen. Betonen möchten wir, dass diese Reformen ohne Beeinträchtigung der Leistungen für die Bürger einhergehen sollten.

Mittelfristig ist der sozialverträgliche und gesetzeskonforme Abbau von weiteren Personalstellen unvermeidbar, um die Handlungsfähigkeit der Stadt nachhaltig sichern zu können.

Auch das Gutachten der Gemeindeprüfungsanstalt weist auf zwingend-notwendige, strukturelle Maßnahmen hin und bestätigt damit unsere Auffassung.

Wir werden genauestens beobachten, ob der von der Verwaltung vorgeschlagene Weg eines Förderprojektes mit dem definierten Schwerpunkt „Interkommunale Zusammenarbeit“ am Ende das widerspiegelt, was aus unserer Sicht zwingend notwendig ist.

Wir wollen eine Strukturerneuerung der Verwaltung über alle Fachbereiche, wir wollen eine deutliche Effizienzsteigerung und Straffung der Abläufe in der inneren Verwaltung, verbunden mit einer Priorisierung von Projekten, die die Stadt voranbringen- Stichwort Strukturwandel.

Interkommunale Zusammenarbeit ist dabei lediglich eine Facette eines Gesamtkonzeptes, aber nicht die Grundlage. Sich schwerpunktmäßig darauf zu beschränken wäre der falsche Weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Stadt ist in einer sehr ernsten Lage. Wenn wir jetzt nicht konsequent handeln, geben wir unsere Stadt unausweichlich dem Sparkommissar preis.

Was es bedeuten würde, wenn die Kommunalaufsicht einen Sparkommissar beauftragt, um eine sogenannte geordnete Haushaltswirtschaft wiederherzustellen, dürfte den wenigsten Bürgern klar ein.

Keinerlei Spielräume mehr außerhalb der pflichtigen Leistungen, Investitionen, die nicht zwingend zur „Aufrechterhaltung des Betriebs“ notwendig sind, werden zu den Akten gelegt. Ein probates Mittel zur Sanierung ist zudem die drastische Erhöhung von Steuern und Abgaben.

Im GPA – Gutachten von 2016 wird unter anderem darauf verwiesen, dass das strukturelle Defizit von -13 Mio. Euro. jährlich durch eine weitere Anhebung des Hebesatzes von jetzt 500 Hebesatzpunkten auf annähernd 1000 nachhaltig ausgeglichen werden könnte.

Wir können also davon ausgehen, dass die deutliche Anhebung der Grundsteuer B eine der ersten Maßnahmen sein wird, die ein Sparkommissar durchsetzen würde. Davon wären alle Bürger, Immobilieneigentümer und Mieter betroffen.

Infolge dessen würde Grevenbroich im Wettbewerb mit anderen Mittelstädten der Umgebung, die sich um den Zuzug von jungen Familien und innovativen Unternehmen bewerben, ganz klar abgehängt.

Rat und Verwaltung stünden dieser Entscheidung machtlos gegenüber, die Entscheidungsgewalt läge dann nicht mehr bei den gewählten Vertretern.

Soweit dürfen wir es in keinem Fall kommen lassen. Stattdessen müssen wir jede noch so unpopuläre Sanierungsmaßnahme prüfen und wo immer möglich umsetzen, auch wenn sie im Ergebnis schmerzliche Einschnitte und Zumutungen bedeutet und uns den Unmut von Bürgern und Verwaltungsmitarbeitern einbringt.

Bei jeder Entscheidung die zukünftig getroffen wird, müssen Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit im Fokus stehen. Wir müssen uns genau anschauen, welche Entscheidungen getroffen werden müssen, um die Daseinsvorsorge langfristig sicherzustellen.

Es kann und darf dabei keine Tabus mehr geben.

Langfristig kostenintensive Bereiche wie die große Anzahl von Sportstätten, Friedhofsflächen, Gebäude und Grünflächen müssen mit Blick auf die gesamte Stadt auf den Prüfstand gestellt werden. Die Zusammenlegung von Sportstätten zu Bezirkssportanlagen, die Aufgabe von Grünflächen, die langfristig angelegte Aufgabe von Friedhofsflächen dürfen dabei in keinem Fall ausgeklammert werden. Von Kirchturmdenken und verständlicher Verbundenheit zum eigenen Ortsteil dürfen wir uns nicht länger leiten lassen.

Standortsichernde Maßnahmen, wie die Professionalisierung der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings müssen vorangebracht werden.

Zu diesen Themen haben wir Anträge und Anfragen für die Etatberatungen gestellt.

Auch innerhalb des Rates müssen alle Spar-Möglichkeiten ausgeschöpft und ein erneuter, deutlicher Konsolidierungsbeitrag geleistet werden.

Wenn wir den Mitarbeitern der Verwaltung und den Bürgern unserer Stadt Einschnitte zumuten, ist es vor dem Hintergrund von Glaubwürdigkeit und Akzeptanz erforderlich, dass zu den bereits in der Vergangenheit verabschiedeten Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen, ein weiterer „Solidarbeitrag“ aus den Reihen der Politik geleistet wird.

Die Verringerung der Wahlkreise und dem zufolge die Verkleinerung des Stadtrates ist eine Maßnahme, die wir zu diskutieren haben.

Wir hoffen, dass wir uns in dieser Frage in den nächsten Wochen über alle Fraktionen hinweg auf eine gute und gangbare Lösung verständigen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die vor uns liegenden Entscheidungen machen keinem Politiker Freude.

Wenn wir jedoch unsere Stadt und die Bürger vor noch viel drastischeren Maßnahmen bewahren wollen, müssen wir uns den unangenehmen Tatsachen stellen und Entscheidungen treffen, die verhindern, dass wir mittelfristig, unsere kommunale Selbstverwaltung aufgeben müssen.

Es wäre blamabel, wenn notwendige Entscheidungen von anderen und nicht mehr vom gewählten Rat getroffen würden.

Unsere Aufgabe ist es, gemeinsam mit den Bürgern unserer Stadt, den Unternehmen und der Industrie, den Vereinen, Verbänden und Institutionen den Weg aus den Schulden zu meistern und mit zielgerichteten Vorschlägen zur langfristigen Haushaltssanierung beizutragen.

Es geht in unserer jetzigen Finanzlage nicht mehr um Wünsche, sondern um einen angemessenen Umgang mit der Wirklichkeit. Hier muss Politik ehrlich sein, niemand darf Versprechungen machen, die der Rat nicht beschließen kann und darf.

Mit einer Vielzahl von Anträgen, die an den Wurzeln der städtischen Strukturen ansetzen, zeigen wir, dass wir Verantwortung für die gesamte Stadt übernehmen. Wir nehmen dabei Konflikte in Kauf und tragen das Risiko, damit möglicherweise den einen oder anderen Wähler zu verprellen.

Die zwingend notwendigen, strukturellen Maßnahmen müssen auf den Weg gebracht werden. Einschnitte und der Verlust von lieb gewonnenen Gewohnheiten sind zwar für den Moment schmerzlich, bringen aber unsere Stadt langfristig und im Sinne der nachfolgenden Generationen zurück in gutes Fahrwasser. Und das ist doch am Ende unser aller Ziel- die Stadt für die nachfolgenden Generationen lebens- und liebenswert zu gestalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wichtige Zukunftsthemen liegen vor uns. Die Re-Kommunalisierung der Wirtschaftsbetriebe und Überführung in eine AöR ist auf den Weg gebracht und wir hoffen, dass hier in den nächsten Wochen umfassende Informationen zur Struktur und wirtschaftlichen Aufstellung vorgelegt werden.

Wir hätten uns gewünscht, dass die Daten, Zahlen und Fakten bereits konkret bei der Einbringung dieses Haushaltsentwurfes zur Verfügung gestanden hätten.

Wir vertrauen jedoch darauf, dass es sich bei dem ausgewiesenen Konsolidierungsziel von ca. 1,7 Mio.€ und einem weiteren Konsolidierungsbeitrag von 200.000 € um realistische Zahlen handelt.

Den eingeschlagenen Weg begleiten wir in konstruktiv-kritischer Haltung, wie wir dies auch bei anderen Projekten tun.

Darüber hinaus sehen wir große Herausforderungen durch den Strukturwandel, der bereits in vollem Gange ist. Energiewende und Klimawandel stellen die Region vor große Aufgaben.

Absehbare Veränderungen dürfen jedoch nicht als Strukturbrüche erlitten, sondern müssen durch die Bündelung aller vorhandenen Potenziale frühzeitig und gemeinsam gestaltet werden.

Hierbei bildet die partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Region, wie bei Projekten mit der IRR und im interkommunalen Planungsverbund "Rheinisches Sixpack", eine wichtige Grundlage. Auch die neue Landesregierung ist hier in der Pflicht bessere Rahmenbedingungen für einen geordneten Strukturwandel zu schaffen. Mit unserer neuen Landtagsabgeordneten und Ratskollegin Heike Troles haben wir sicher eine verlässliche Partnerin, die sich für die Interessen Ihrer Heimatstadt und der Region mit ganzer Kraft einsetzen wird. Dafür, liebe Heike, wünschen wir Dir auch an dieser Stelle nochmals gutes Gelingen!

In diesem Zusammenhang ist es aus unserer Sicht besonders wichtig, auf eine professionell aufgestellte städtische Wirtschaftsförderung bauen zu können.

Für uns ist kommunale Wirtschaftsförderung Teil der Daseinsvorsorge und leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität unserer Bürger.

Kommunale Wirtschaftsförderung hat mehr denn je die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln und die Arbeits- und Lebensbedingungen für die Bürger positiv zu gestalten.

Sie ist gefordert, die regionalen Unternehmen zu fördern und zentrale Anlaufstelle und Dienstleister für deren Belange zu sein.

Insbesondere vor dem Hintergrund des eben schon angesprochenen, wirtschaftlich bedeutsamen Strukturwandels in unserer Region werden die fachlichen Aufgaben und Anforderungen an die Wirtschaftsförderung erheblich wachsen; die städtische Wirtschaftsförderung muss deshalb umgehend personell gestärkt und professionalisiert werden.

Mit fundierten Konzepten und Maßnahmen kann eine Wirtschaftsförderung lokale, wie regionale Rahmenbedingungen aktiv beeinflussen und nachhaltig gestalten.

Zielgerichtete Aktivitäten der Wirtschaftsförderung tragen wesentlich dazu bei, regionale Unternehmen zu unterstützen und zu fördern, um so den Wirtschaftsstandort und die Lebensqualität durch Sicherung der Existenzgrundlagen für die Menschen in der Region langfristig zu stärken.

Auch das Thema Stadtmarketing ist aus unserer Sicht von großer Bedeutung.

Durch den Wegfall der Stelle des Stadtmarketingleiters ist zu klären, wie der Bereich Stadtmarketing zukünftig neu organisiert wird.

Wichtige Aufgabenfelder müssen auf andere Personen und Fachbereiche umverteilt werden. Die für die Stadt im kommunalen Wettbewerb so entscheidenden Aufgaben müssen weiterhin und mit neuer Dynamik und ausgewiesener Professionalität erfüllt werden.

Wir erwarten von der Verwaltung hier zeitnah ein umfassendes Konzept, das nicht nur die Interessen der Innenstadt, sondern auch die der Stadtteile bündelt und die Stadt als Ganzes in den Fokus nimmt.

Die externe Kompetenz des Handels und der Unternehmerschaft, der Vereine und Institutionen und interessierter Bürger sollte genutzt und ein verbindender und zugleich verbindlicher Rahmen für eine zielorientierte Zusammenarbeit geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang können wir uns die Gründung eines Stadtmarketing-Vereins gut vorstellen und unterstützen diesbezügliche Aktivitäten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen vor einschneidenden Entscheidungen, die das Gesicht unserer Stadt nachhaltig verändern werden.

Der dritte Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland Gustav Heinemann hat einmal gesagt: „wer nichts verändern will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte“.

Wir brauchen deshalb jetzt Mut zu grundlegenden Veränderungen, auch wenn es wehtut: länger zu warten ist keine Lösung, länger zu warten ist verantwortungslos!

Ich wünsche uns allen dabei den Mut zur Veränderung und die Zuversicht, dass wir es gemeinsam, fraktionsübergreifend schaffen können, unsere Stadt wieder auf Kurs zu bringen. Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal an den Leitgedanken von Mein Grevenbroich erinnern, es kommt nicht darauf an, wer eine Idee hat, es kommt darauf an, dass die beste Idee gemeinsam umgesetzt wird.

Um Handlungsfähig zu bleiben, brauchen wir eine solide Grundlage, wir brauchen ein genehmigungsfähiges und von einer breiten Mehrheit getragenes Finanzkonzept.

Wir könnten uns nun zurücklehnen und anderen die Verantwortung für die städtischen Finanzen überlassen, das ist aber nicht unser Selbstverständnis.

Wir haben zu den Haushaltsberatungen 2018 Anträge eingebracht, die einen Beitrag zum internen Strukturwandel und zur Neuausrichtung der Verwaltung, sowie zur Erholung der Stadtfinanzen leisten können. Wir werden diese stringent verfolgen und mit ganzer Kraft auf eine Umsetzung drängen.

Es gibt auch für das Haushaltsjahr 2018 eine nicht unerhebliche Anzahl von unbekanntem Größen, die das heute vorliegende Finanzkonzept und den Sanierungsplan zum Scheitern bringen könnten.

Welche Auswirkungen haben Entscheidungen in Land und Bund auf die Kommunalfinanzen, können die im Rahmen von geplanten Bau- und Gewerbegebieten gewünschten Veräußerungserträge tatsächlich auch erzielt werden, bleiben die Kosten für die Unterbringung geflüchteter Menschen stabil, wie entwickeln sich die Sozial- und Betreuungskosten insgesamt, wie entwickelt sich die Kreisumlage, diese Fragen können bei der Aufstellung des Etats nur prognostisch betrachtet werden.

Wenn wir aber nicht mehr daran glauben würden, dass das städtische Sanierungskonzept langfristig greift, wenn wir keine Chance mehr sehen würden, dass wir uns durch konsequente und durch unpopuläre Maßnahmen aus der finanziellen Schieflage herausarbeiten können, käme das einer politischen Bankrotterklärung gleich.

Wir haben über den Haushaltsentwurf 2018 und den Sanierungsplan in unserer Fraktion sehr kontrovers diskutiert und uns die Entscheidung, wie wir damit umgehen, nicht leichtgemacht. Es ist zudem offen, ob der Landrat den vorliegenden Entwurf 2018 und das Sanierungskonzept genehmigen wird.

Uns ist bewusst, dass wir uns mit dem vorliegenden Finanzkonzept auf sehr dünnem Eis bewegen. Dennoch werden wir dem Haushaltsentwurf 2018 heute zustimmen und Mitverantwortung für die Entwicklung der Stadtfinanzen übernehmen.

Wir werden jedoch im Verlauf der kommenden Monate sehr genau beobachten, ob die Verwaltung den grundsätzlichen Willen zur Veränderung, zur Effizienzsteigerung und zu Einsparungen erkennen lässt.

Wir fordern ein, dass im Verlauf des Haushaltsjahres 2017 und in 2018 quartalsweise Zwischenergebnisse zum finanziellen Status Quo vorgelegt werden.

Wir werden genau verfolgen, ob die Zukunftsthemen Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing auf eine professionelle Basis gestellt werden.

Wir erwarten, dass Vorschläge aus der Verwaltung zu infrastrukturellen Einsparungs-Maßnahmen aus den Bereichen Sport, Freiflächen, Grünanlagen und bei dem großen Thema Personalstruktur entscheidungsreif in die Fachausschüsse und den Rat eingebracht werden.

Wir werden auch in Zukunft die vor uns liegenden Probleme erkennen, benennen und konsequentes Handeln einfordern.

Und last but not least werden wir verfolgen, ob Politik insgesamt den Mut hat, über die notwendigen Maßnahmen zu entscheiden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Vergangenheit können wir nicht mehr ändern, uns bleibt aber noch die Zukunft. Diese Zukunft müssen und wollen wir aktiv zum Besseren mitgestalten.

Wir möchten uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere bei der Stadtkämmerin Frau Stirken-Hohmann und ihrem gesamten Team für die geleistete Arbeit im Rahmen der Vorbereitung zu den Etatberatungen bedanken.

Es war eine enorme Kraftanstrengung für die Mitarbeiter den Haushalt 2018 innerhalb von 6 Monaten beratungsfähig aufzubereiten und vorzulegen, hierfür haben die Mitarbeiter größten Respekt und Dank verdient, dies bitten wir den Mitarbeitern auszurichten.

Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit!